



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

25. Juli 2025
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Das Geld für Renten und Pflege ist auf den Konten der Kapitalisten!

Erst verkündet der CDU-Generalsekretär, die Rentner in Deutschland sollten gefälligst mehr arbeiten. Dann die Idee eines unbezahlten „sozialen Pflichtdienstes“ für alle Rentner. Und nun der Einfall, alle „privilegierten“ Renten über 1.000 Euro mit bis zu 10% zu besteuern.

Die Herrschenden wagen es, 1.200 oder 1.500 Euro Rente ein „Privileg“ zu nennen, nachdem man jahrzehntlang malocht, Beiträge gezahlt und oft noch Kinder großgezogen hat. Solch niedrige Renten sind kein Privileg, sondern eine Schande!

Doch alle Herrschenden versuchen uns das Gefühl zu vermitteln, dass selbst die heutigen viel zu niedrigen Renten eine „unbezahlbare Last“ wären. Dass wir „zu lange leben“ und die Gesellschaft „zu viel kosten“ würden.

Was für eine Umkehrung der Tatsachen! Wir Arbeitenden kosten die Gesellschaft nichts. Im Gegenteil, wir schaffen ihren gesamten Reichtum. Wir sorgen dafür, dass ihre Fabriken, Lager, Speditionen und Baufirmen laufen und den Kapitalisten Profit einbringen. Wir halten Krankenhäuser, Kitas und Feuerwehren am Laufen.

Wir geben dafür unsere Zeit, unsere Energie, unsere Gesundheit. Das Mindeste wäre, wenn wir in der Rente noch einige Jahre lang etwas davon hätten. Doch die einzige Zukunft, die die kapitalistische Gesellschaft der wichtigsten, der produktiven Klasse zu bieten hat, ist ein Lebensabend in Armut und Arbeiten bis zum Umfallen.

Ob Politiker, Medien oder Unternehmer, alle stellen es so dar, als wäre es ein Naturgesetz: „Die Menschen werden älter. Und deshalb müssen alle zwangsläufig auch länger arbeiten oder weniger Rente bekommen.“ Doch das ist absolut kein Naturgesetz.

Zwischen 1900 und 1990 zum Beispiel ist die Lebenserwartung ständig gestiegen, um ganze 30 Jahre. Doch obwohl die Menschen im Durchschnitt 30 Jahre älter wurden, wurde das Rentenalter in

all den Jahrzehnten nicht ein einziges Mal angehoben. Im Gegenteil, es wurde um 5 Jahre gesenkt. Und die Renten sind gleichzeitig deutlich gestiegen.

Denn gleichzeitig ist auch die Produktivität gestiegen. Jeder Arbeitende schuf 1990 locker drei Mal so viel Reichtum in einer Stunde wie 1900. Ein kleiner Bruchteil davon reichte aus, um auch die wachsende Zahl an Rentnern zu versorgen und höhere Renten zu ermöglichen.

Das wäre heute genauso möglich. Denn die Produktivität steigt weiter. Doch etwas anderes hat sich geändert: das Kräfteverhältnis zwischen den Kapitalisten und uns, und zwar zu unseren Ungunsten.

Die Kapitalisten sind seit ein paar Jahrzehnten nicht mehr bereit, auch nur einen winzigen Teil dieses zusätzlichen – von uns Arbeitenden geschaffenen – Reichtums herauszurücken: nicht für unsere Renten oder Arbeitsbedingungen und auch für nichts anderes in unserem Interesse. Im Gegenteil, sie nehmen uns immer mehr weg, um es auf ihre privaten Konten zu schaffen.

Die Kapitalisten durchforsten alle Betriebe nach jeder Möglichkeit, noch mehr auf unsere Kosten zu sparen. Nicht zuletzt, indem sie Millionen feste Jobs zu Tariflöhnen vernichtet oder durch Niedriglohnjobs ersetzt haben. Allein dadurch haben sie Millionen Arbeitende schon heute zu Armutsrenten verdammte.

Und sie plündern jede öffentliche Kasse, mit Hilfe der Regierung.

Während sie uns erzählen, es gäbe kein Geld für unsere Renten, hat die Regierung gerade den Konzernbossen die Steuern um 48 Milliarden € jährlich gesenkt. Und sie will hunderte Milliarden für Aufträge an die Rüstungskonzerne ausgeben.

Während sie uns erzählen, es gäbe zu viele alte Menschen und deren Pflege wäre unbezahlbar, plündern reiche Kapitalisten die Pflegekassen: Ihre Investmentfonds kaufen eine Pflegeeinrich-

tung nach der anderen und machen ein Vermögen mit dem, was sie zynisch „das graue Gold“ nennen. Und Pharmakonzerne plündern die Krankenkassen, indem sie immer höhere Wucherpreise für ihre Medikamente verlangen.

Mit diesen Methoden haben es die 3.900 reichsten Deutschen geschafft, die Rekordsumme von 3.000 Milliarden Euro auf ihren Konten anzuhäufen. Ein Drittel des gesamten Vermögens aller 83 Millionen Einwohner Deutschlands befindet sich mittlerweile auf den Konten dieser 3.900 Kapitalisten: den Besitzern von BMW, Siemens, Lidl, SAP und Co.

Sie sind bereit alles auszusaugen und zu zerrütten, um ihre Profite weiter zu steigern. Und heute, wo der verschärfte internationale Konkurrenzkampf die Bedingungen verschlechtert hat, sind sie dabei umso aggressiver.

Denn natürlich wollen sie auch diesen Konkurrenzkampf auf unsere Kosten führen. Daher der derzeitige Generalangriff auf allen Gebieten: Die noch aggressiveren Sparpläne in den Betrieben, bei Rente, Pflege... und letztlich die Vorbereitung auf Krieg.

Lassen wir uns also nicht einreden, dass unsere Löhne, Renten oder Pflege „zu teuer“ wäre. Und lassen wir uns auch nicht ablenken und spalten von Millionären wie Merz oder Weidel, die behaupten, ein Teil der Arbeiterklasse – die Migranten – wäre verantwortlich für die leeren Kassen. Ohne diese Migranten könnten alle Altenheime und Krankenhäuser schließen.

Nicht wir, sondern diese parasitäre kapitalistische Klasse und ihre Profitgier sind eine untragbare Last für die Gesellschaft – und eine Gefahr.

Vereinigen wir uns gegen diese Parasiten, die unsere Existenz gefährden. Verteidigen wir gegen sie unsere Interessen, unser Recht als Arbeiterklasse auf ein würdiges Leben – in jungen Jahren wie im Alter. Und wenn sie behaupten, das wäre unmöglich, dann antworten wir ihnen: Wenn euer System dazu nicht in der Lage ist, dann muss man wohl das System ändern.

Gaza: Unter der heuchlerischen Kritik westlicher Staatschefs geht der Völkermord weiter

Jeden Tag sterben in Gaza dutzende Babys und Kinder an Unterernährung. Wer sich zu den wenigen Essensausgaben wagt, wird von der israelischen Armee beschossen. Wer versucht, im Meer einen Fisch zu fangen, wird ebenfalls erschossen. Vor den Augen der Welt treibt Israel ein ganzes Volk in den Hungertod!

Die israelische Regierung gibt immer offener zu, was sie vorhat: Sie will alle Palästinenser entweder vertreiben, verhungern lassen oder töten. Der Chef des israelischen Geheimdienstes ist diese Woche in die USA gereist, um sich deren Unterstützung bei der Zwangsvertreibung der Palästinenser aus Gaza zu sichern. Verteidigungsminister Katz hat erklärt, alle Bewohner des Gazastreifens bis dahin in „Internierungslagern“ zu „konzentrieren“. Worte, die Erinnerungen wecken, bei denen es einem kalt den Rücken herunterläuft.

Und nun hat das israelische Parlament als nächstes Ziel... die vollständige Einverleibung auch des Westjordanlands verkündet, wo (zumindest jetzt noch) 2,7 Millionen Palästinenser leben.

Fast zwei Jahre haben die westlichen Staaten ungerührt zugesehen, wie die Palästinenser ermordet wurden und Gaza in Schutt und Asche gelegt wurde. Erst jetzt, wo Israel quasi jede Grundlage für einen palästinensischen Staat vernichtet hat, fordern zahlreiche europäische Staaten in einer Resolution auf, den Krieg zu beenden, und der französische Staatschef erkennt den vom israelischen Militär besetzten Friedhof in Gaza als „eigenständigen palästinensischen Staat an“. Was für Heuchler!

Den westlichen Regierungen geht es einzig darum, bei der eigenen Bevölkerung und den arabischen Handelspartnern nicht als Komplize des immer offensichtlicheren Völkermords dazustehen, der auch bei den Menschen in Europa immer mehr Entsetzen und Empörung hervorruft. Doch gleichzeitig setzen sie alle ihren Handel und auch die Waffenlieferungen an Israel, ihrem wichtigsten Verbündeten im Nahen Osten fort. Zum Vergleich: Gegen Russland hat die EU seit Kriegsbeginn 18 Sanktionspakete verhängt.



Ihre Heuchelei wird nur noch übertroffen von dem Zynismus der deutschen Regierung, die nicht einmal mit einer harmlosen Resolution Israels Verbrechen verurteilen will. Von den USA ganz zu schweigen.

All diese sogenannten demokratischen imperialistischen Großmächte sind bereit, barbarische Verbrechen zu akzeptieren und sogar zu unterstützen, wenn es ihren wirtschaftlichen und militärischen Interessen nützt.

Ein echter Frieden in der Region kann nur gegen sie erreicht werden.

Syrien: Israel heizt den Bürgerkrieg an – und die deutsche Regierung liefert die Waffen

Die letzten Wochen haben daran erinnert, dass in Syrien keineswegs Frieden und Sicherheit herrscht, wie die deutsche Regierung es gerne darstellt.

Israel hat erneut willkürlich die Hauptstadt und den Süden Syriens bombardiert. Und in der Region Suweida kam es zu Zusammenstößen zwischen bewaffneten drusischen Milizen und regierungsnahen sunnitischen Gruppen, bei denen mindestens 1.260 Menschen ums Leben gekommen sein sollen.

Die sunnitische Miliz HTS, die nach Sturz des Diktators Assad die Regierung übernommen hat, hat es nicht geschafft, allen anderen ihre Macht aufzuzwingen. Dass ihre Regierung überhaupt Autorität hat, liegt hauptsächlich daran, dass die westlichen Staaten die HTS-Miliz zum bevorzugten Ansprechpartner gemacht haben.

Doch es gibt noch andere Milizen. Jede von ihnen wurde in dem Bürgerkrieg ab 2011 von einem anderen Staat unter-

stützt: von Israel, Saudi-Arabien, USA, Türkei, Russland... Und keine dieser Milizen ist bereit, die Macht aufzugeben, die sie sich in bestimmten Gebieten erobert hat. Kein Wunder: Die militärische Kontrolle über eine Region zu besitzen ist in diesem zerrütteten Land die einzige größere Einnahmequelle.

Der Machtkampf geht daher weiter. Und jede Miliz rechtfertigt ihn damit, dass sie nur „ihre“ religiöse Gemeinschaft oder Volksgruppe (Kurden, Drusen, Alawiten) schützen wolle. Was sie umso einfacher behaupten können, da regierungsnahen Banden diese Minderheiten tatsächlich immer wieder überfallen.

Doch der größte Brandstifter ist die israelische Regierung. Denn Netanjahu nutzt die Schwäche der syrischen Regierung, um sich selber als neue herrschende Macht in Syrien zu etablieren. Seit dem Sturz Assads im Dezember 2024 hat die Regierung Netanjahu Syrien mehr als 800 Mal bombardiert und

außerdem die entmilitarisierte Zone vor den Golanhöhen besetzt, die 50 Kilometer vor den Toren der syrischen Hauptstadt liegt.

Israel behauptet, sie täten dies, um die Drusen zu beschützen. In Wahrheit heizen sie damit bewusst den Konflikt zwischen der Regierung und drusischen Kräften an. Ganz nach dem Motto: Teile und herrsche. Um ihre Macht durchzusetzen, ist es der israelischen Regierung lieber, Syrien zerfällt in verschiedene religiöse und ethnische Enklaven – selbst wenn dies die Bevölkerung zu einem Dauer-Kriegszustand verdammt.

Und die deutsche Regierung? Sie hat alle Asylverfahren gestoppt und verweigert vielen Syrern, ihre Frauen und Kinder aus der Hölle in Syrien zu sich zu holen, weil es ja nun Frieden in Syrien gäbe. Und währenddessen liefert dieselbe deutsche Regierung Waffen an den israelischen Staat, mit denen dieser Syrien und den ganzen Nahen Osten in Brand steckt.

Ukraine: Proteste gegen die immer autoritärere Regierung

Nach größeren Protesten vor allem junger Leute musste der ukrainische Staatschef Selenskyj das Gesetz abschwächen, das die Anti-Korruptionsbehörden unter die direkte Befehlsgewalt seiner Regierung stellen sollte. Kurz vorher hatten diese Behörden mehrere Vertraute Selenskyjs und hohe Regierungsbeamte der Korruption beschuldigt.



Erst kürzlich haben sie den Vorsitzenden der ukrainischen Gewerkschaft und Vorstandsmitglied des Europäischen Gewerkschaftsbundes verhaftet sowie die Gewerkschaftshäuser beschlagnahmt. Der Grund: Die Gewerkschaften hatten sich dagegen gewehrt, dass die Regierung seit Kriegsbeginn das Arbeitsrecht faktisch abgeschafft

Die Korruption ist in der Ukraine – genau wie in Russland – allgegenwärtig und macht der einfachen Bevölkerung schon immer das Leben schwer. Seit Kriegsbeginn sind ihre Folgen noch widerlicher und empörender.

Arbeiter- und Bauernfamilien müssen erleben, wie die Wohlhabenden ihre Kinder vom Kriegsdienst freikaufen. An der Front kämpfen Soldaten mit minderwertiger oder gar fehlender Ausrüstung und Verpflegung, weil politische und militärische Verantwortliche sich von ukrainischen Oligarchen bestechen lassen und von ihnen schlechte und völlig überbeuerte Waren kaufen. Teilweise

verkaufen Generäle und Offiziere sogar die Waffen unter der Hand weiter.

Wie in jedem Krieg bereichern sich die Besitzenden, während die einfache Bevölkerung dafür den Kopf hinhält. Doch wer dies kritisiert, wird als Feind dargestellt, mit dem Argument: „Jeder, der die Regierung und die Armeeführung kritisiert, schwächt die Front und ist ein Handlanger Russlands“.

Mit demselben Argument hat Selenskyj auch die Entmachtung der Anti-Korruptionsbehörden gerechtfertigt. Es ist das Totschlag-Argument, mit dem seit Kriegsbeginn zahlreiche Kritiker mundtot gemacht und verhaftet wurden.

hat und die Arbeitsbedingungen immer schlimmer werden.

Die jüngsten Proteste sind ein Ausdruck des zunehmenden Misstrauens gegenüber Selenskyjs Regierung, die immer willkürlicher und autoritärer wird.

Sie machen einmal mehr deutlich, dass in dem Krieg auf beiden Seiten korrupte Machthaber das Sagen haben, die die Bevölkerung unterdrücken und ausbeuten wollen. Und auf beiden Seiten, in der Ukraine wie in Russland gilt: Nur, wenn die arbeitende Bevölkerung sich auch gegen die Unterdrücker und Ausbeuter im eigenen Land zusammenschließt, kann sie ihre Freiheit erkämpfen.

Richter-Streit: Wie rechtsextreme Minderheiten Macht ausüben

Auf den ersten Blick könnte man es für eine ihrer üblichen lächerlichen Koalitions-Streitereien halten: Die Große Koalition hatte sich auf eine, von der SPD vorgeschlagene Richterin für das Bundesverfassungsgericht geeinigt. Und nun will die CDU-Fraktion sie nicht mehr wählen. Doch hinter diesem Politiker-Zirkus steht eine Entwicklung, die uns alle betrifft.

Besagte Richterin ist wahrlich keine Freundin der Arbeiterinnen und Arbeiter. Sie hat sich unter anderem für die Rente mit 70 ausgesprochen und steht Streik- und Gewerkschaftsrechten sehr kritisch gegenüber. Doch sie spricht sich dafür aus, Schwangerschaftsabbrüche in den ersten drei Monaten zu legalisieren. Und dies war für die AfD und andere rechte und religiöse Gruppen schon zu viel: Sie haben eine Kampagne mit absurdesten Verleumdungen begonnen und gefordert, dass diese angebliche „Linksradikale“ nicht Verfassungsrichterin werden dürfe.

Mit dieser Kampagne hat die AfD die CDU und CSU unter Druck gesetzt, was nicht schwer war: Nachdem CDU/CSU direkt zu Beginn ihrer Regierung die Kapitalisten mit Hunderten Milliarden überhäuft haben und dafür zentrale Wahlversprechen brechen mussten, wollen sie den konservativen Teil ihrer Wähler nicht noch mehr verärgern und sind daher empfindlich für Druck von rechts. Und so haben immer mehr Abgeordnete erklärt, die Richterin nicht zu wählen, sodass die Wahl abgeblasen wurde.

Laut den Umfragen sind drei Viertel der Bevölkerung dafür, die Abtreibung innerhalb der ersten drei Monate endlich zu legalisieren. Doch mit Verleumdungen, Hetze und Drohungen setzen die Rechtsextremen ihre Ansichten durch, auch wenn sie in der Minderheit sind. Sie müssen dafür nicht mal in der Regierung sein. Heute geht es dabei um Schwangerschaftsunterbrechung, und worum morgen?

Die Haltung der CDU im Richter-Streit macht einmal mehr deutlich, dass wir den sogenannten demokratischen Parteien nicht vertrauen dürfen. Für unsere Rechte müssen wir selber kämpfen!

* * * * *

Lippstadt: Ärzte und Bevölkerung wehren sich gegen Abtreibungs-Verbot

Im Zuge der Krankenhaus-Schließungen haben in Lippstadt (NRW) Anfang des Jahres das katholische und evangelische Krankenhaus fusioniert. Seit der Fusion verbieten die katholischen Anteilseigner den Ärzten der Gynäkologie, Schwangerschaftsabbrüche vorzunehmen – selbst dann, wenn eine schwere Bedrohung für die körperliche oder psychische Gesundheit der Patientin besteht. Und andere Krankenhäuser gibt es in Lippstadt nicht.

Der Chefarzt der Gynäkologie hat eine Online-Petition ins Leben gerufen, in der er fordert, dass Schwangerschaftsabbrüche nicht länger kriminalisiert werden und Kirchen sowie religiöse Dogmen aus der öffentlichen Gesundheitsversorgung verschwinden. Über 110.000 Menschen haben diese Petition in kürzester Zeit unterschrieben.

Ja, es wird endlich Zeit, dass auch in Deutschland Frauen endlich frei über ihren Körper entscheiden dürfen.

Grenzkontrollen: eine Spirale des Irrsinns

Als Reaktion darauf, dass die deutsche Regierung nun an allen Grenzen ständig kontrolliert, hat nun auch die polnische Regierung Kontrollen an der Grenze zu Deutschland eingeführt.

Für Pendler oder Menschen mit Familienangehörigen auf der anderen Seite der Grenze ist es nun doppelter Wahnsinn: Sie müssen auf dem Hin- und Rückweg täglich fast eine Stunde Wartezeit an der Grenze einplanen! Und doch brüstet sich die deutsche Regierung mit dem Erfolg dieser irrsinnigen Maßnahme, durch die – mit einem Rekord von 2,9 Millionen Überstunden für die Grenzpolizei – 320 Asylsuchende an den deutschen Grenzen abgewiesen wurden.



Deutsch-Polnische-Grenze: Nun gibt es Kontrollen und Staus auf beiden Seiten.

Ebenso brüstet sie sich damit, dass die Zahl der Asylanträge zurückgegangen ist. Doch was sie verschweigen: Die Grenzkontrollen, die härteren Gesetze und vermehrten Abschiebungen führen natürlich nicht dazu, dass die Verzweifelten, die es bis an die deutsche Grenze geschafft haben, umkehren und in die Hölle nach Afghanistan, Syrien oder Somalia zurückkehren. Aus Angst, abgeschoben zu werden, stellen Viele einfach nur keinen Asylantrag mehr.

Stattdessen versuchen sie unterzutauchen und ohne Papiere zu überleben. Was bedeutet, dass sie völlig ausgeliefert sind: den Vermietern, die ihnen unter der Hand ein kleines Zimmer zu Wucherpreisen vermieten; Firmenbossen und kriminellen Banden, die sie grenzenlos ausbeuten und ausnutzen können...

Diese Situation kann nur noch mehr Unsicherheit und noch mehr Druck auf Arbeitsbedingungen und Mieten erzeugen – was man in den USA sehen kann, wo illegale Einwanderung sehr verbreitet ist.

Auch deshalb ist ihre Jagd auf Migranten ein Angriff auf die gesamte Arbeiterklasse.

Kitas: Alle gehen auf dem Zahnfleisch – und die Regierung kürzt das Personal

Die Situation in den Kitas in NRW ist jetzt schon katastrophal. Erzieherinnen müssen sich regelmäßig alleine um 20 Kinder und mehr kümmern. Und die Eltern bangen jeden Tag, dass nicht wieder die Nachricht kommt: „Die Kita ist wegen Personalmangel geschlossen.“ Denn die Anzahl der Erzieherinnen, die die Kitas finanziert bekommen, reicht nur gerade so, wenn niemand krank oder in Urlaub ist... also nie. Die Folge ist ein ständiger Nervenkrieg für alle.

Und nun wird die Lage noch schlechter. Denn die NRW-Landesregierung kürzt um 10% das Budget für die „Kita-Helfer“, die beim Tischdecken, Aufräumen, Feste vorbereiten helfen, Spielplätze und Ausflüge beaufsichtigen usw. – und die oft genug ausschlaggebend dafür sind, dass eine Kita-Gruppe doch nicht schließen muss.

Die Regierung spart dadurch 13 Millionen Euro. Eine winzige Summe im Vergleich zu dem, was dieselbe Landesregierung gleichzeitig Großkonzernen schenkt: 700 Millionen für Thyssenkrupp, die trotzdem tausende Arbeiter rausschmeißen. 260 Millionen für Evonik und andere Chemiekonzerne, die das Geld direkt an ihre Aktionäre weiterreichen.

Aber wie die Landesregierung selber erklärt: „Man muss halt Prioritäten setzen.“

Hinter der Maske: die wahren Betrüger

Am Ende ist doch ans Licht gekommen, was die CDU mit allen Mitteln versucht hat zu vertuschen: Der ehemalige Gesundheitsminister und jetzige CDU-Fraktionschef Jens Spahn hat Milliarden an Steuergeldern ausgegeben, um bei verschiedenen großen Firmen völlig überbeuerte, teils unbrauchbare Masken zu kaufen. Über 500 Millionen davon für einen einzigen Auftrag, von dem unter anderem die Tochter eines Parteifreundes profitiert hat.

Das ist übrigens derselbe Spahn, der im letzten Wahlkampf ständig Bürgergeldempfänger (alleinerziehende Mütter, berufsunfähig gewordene Handwerker, bei Kodi entlassene Verkäuferinnen, aufstockende Minijobber usw.) als „Betrüger“ und „Schmarotzer“ beschimpft hat, die der Allgemeinheit auf der Tasche liegen würden.

Da hat er wohl eher von sich selbst gesprochen.

Lieferando: Wir liefern Streik

Fahrer bei Lieferando sein bedeutet jetzt schon: Essen ausliefern auf dem Fahrrad, bei Wind und Wetter, Stress, Unfallgefahr, unmögliche Arbeitszeiten, für 14 Euro Stundenlohn. Und selbst diesen Stundenlohn und einige andere Verbesserungen haben die Fahrer nur bekommen, weil sie sich organisiert und mehrfach gestreikt haben.

Doch nun wurde der milliarden schwere Mutterkonzern von Lieferando verkauft. Und der neue Eigentümer hat angekündigt, 2.000 Fahrern zu kündigen und sie stattdessen über zig kleine Subfirmen zu beschäftigen. Kleine Firmen, die nicht mal Mindestlohn zahlen, sich an keine Arbeitszeiten halten und wo es noch schwerer ist, sich als Arbeitende zu organisieren.

In Hamburg hat ein Teil der Lieferando-Fahrer 36 Stunden gestreikt, gegen die Auslagerungen und für höhere Löhne für alle. Die einzig richtige Antwort!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org